

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: Unionbusting

Die LDK möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

1 Die Zahl der Betriebe in Deutschland mit einem Betriebsrat ist auf einem
2 historischen Tiefstand. Gleichzeitig etabliert sich zunehmend ein inoffizieller
3 Dienstleistungssektor, der sich auf die systematische Verhinderung von
4 Mitbestimmung spezialisiert: sogenanntes Union Busting. Mehr als jede fünfte
5 Neugründung eines Betriebsrats wird nach aktuellen Untersuchungen aktiv durch
6 Arbeitgeber behindert – obwohl dies einen Straftatbestand darstellt (§ 119
7 BetrVG).

8 Deutschland hat in Europa ein eher restriktives Verhältnis zu Gewerkschaften,
9 obwohl hier mit der IG Metall die weltweit größte Einzelgewerkschaft existiert,
10 die rund 2,3 Millionen Mitglieder zählt. Deutsche Unternehmen haben sich
11 insbesondere in den USA angeschaut, wie dort gewerkschaftliche Strukturen
12 zerschlagen werden, und verhalten sich daher schon länger in ihren weltweiten
13 Werken rücksichtslos. In den letzten Jahrzehnten haben sie jedoch entdeckt, dass
14 sie auch in Deutschland die innerbetriebliche Mitbestimmung mithilfe von
15 Dienstleistern und perfiden Methoden unterlaufen können.

16 Besonders häufig sind solche Eingriffe in mittelgroßen, eigentümergeführten
17 Betrieben. Hier wird massiver Druck auf Beschäftigte ausgeübt, die einen
18 Betriebsrat gründen wollen. Arbeitgeber lassen sich dabei von spezialisierten
19 Kanzleien und Beratungen unterstützen, die gezielt Strategien entwickeln, um
20 Mitbestimmung zu untergraben, ohne dabei formal gegen geltendes Recht zu
21 verstoßen.

22 **Die Verhinderung von Betriebsratswahlen, die Einschüchterung von engagierten**
23 **Beschäftigten, das Verhindern des Zutritts von Gewerkschaftsvertreter*innen zum**
24 **Betriebsgelände und weitere Taktiken, sind dabei erst der Anfang. Diese Methoden**
25 **zielen darauf ab, demokratische Mitbestimmung im Betrieb zu zerschlagen, noch**
26 **bevor sie entsteht. Diese Praxis gefährdet die betriebliche Demokratie und die**
27 **Grundlage sozialpartnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen.**

28 **Wir fordern daher:**

29 **Wir fordern daher, um die Mitbestimmung und die Wettbewerbsfähigkeit des**
30 **Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sichern, dass Unionbusting zum**
31 **Offizialdelikt wird – wie es der DGB schon seit Jahren fordert und wie es**
32 **bereits 2021 im Koalitionsvertrag verankert wurde.**

- 33 • **die verbindliche Umsetzung des bereits im Koalitionsvertrag 2021**
34 **festgeschriebenen Vorhabens, das Union Busting zum Offizialdelikt wird und**
35 **somit die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleiten muss, wenn**
36 **sie von Tatsachen erfährt, die auf einen Gesetzesverstoß hindeuten**

- 37 • **die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auf gesetzwidrige**
38 **Eingriffe von Unternehmen in Betriebsratswahlen spezialisiert sind**

- 39 • **die Ausweitung von Schutzrechten bei Betriebsratsgründungen (Besonderer**
40 **Kündigungsschutz ab dem ersten nachweisbaren Vorbereitungsschritt)**

41 **Mitbestimmung ist kein Angriffspunkt für unternehmerische Willkür, sondern**
42 **demokratisches Fundament der Arbeitswelt. Wer sie systematisch sabotiert, muss**
43 **mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.**